

Björn Allmendinger
Joachim Fähmann
Klaudia Tietze (Hrsg.)

Von Biedermännern und Brandstiftern



VSA:

Rechtspopulismus in Betrieb
und Gesellschaft

Björn Allmendinger/Joachim Fähmann/Kludia Tietze (Hrsg.)
Von Biedermännern und Brandstiftern

Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Klaudia Tietze (Hrsg.)

Von Biedermännern und Brandstiftern

Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft

Hustedter Beiträge zur politischen Bildung, Bd. 6

VSA: Verlag Hamburg



www.hvhs-hustedt.de



| Wolfsburg

www.igmetall-wob.de



www.gelbehand.de

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2017, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Marco Jelic

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-772-2

Inhalt

VOR- UND GELEITWORTE

Heinz-Hermann Witte: Für ein solidarisches Miteinander	8
Hartwig Erb: Wir müssen Antworten finden	10
Giovanni Pollice: Dem rechten Hass entgegenreten!	12
Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Klaudia Tietze Über dieses Buch – ein Geleitwort	14

GRUNDLAGEN: RECHTSPOPULISMUS IN DEUTSCHLAND

Alexander Häusler/Rainer Roeser Rechtspopulismus: Entwicklung und aktuelle Erscheinungsformen in Deutschland	18
Harald Kolbe Warum wirkt die Ideologie des Rechtspopulismus?	29
Tammo Grabbert Die Deutschlandabschaffer – von Sarrazin zur AfD	36
Zur Genese rechtspopulistischer Argumentationsmuster in Deutschland	
Tim Ackermann Der Antisemitismus der AfD	52
Ulrich Eith Die AfD in Baden-Württemberg. Mehr als nur politischer Protest?	64
Jan König/Mirko Kurmann Wie erklärt sich der Erfolg der AfD im ländlichen Raum?	73
Rechtspopulismus in Mecklenburg-Vorpommern	

RECHTSPOPULISMUS IN BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Katharina Nocun Einmal Parallelgesellschaft und zurück	86
Das Beispiel Berlin	
Thomas Leif AfD-Strategie – Was wollen die Rechtspopulisten?	94

Sebastian Fischer	
Prävention gegen Rechtspopulismus	103
Möglichkeiten und Grenzen der schulischen Bildungsarbeit	
Horst Lahmann	
Präventionskonzepte: Ansätze und Perspektiven	110
Mark Haarfeldt	
Die Arbeitswelt im Fokus der AfD	118
Tim Ackermann	
Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD und ihre ordoliberalen Grundlagen	126
Klaus-Peter Hufer	
Argumente gegen rechtspopulistische Stammtischparolen	138

GEWERKSCHAFTLICHE HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Björn Allmendinger	
Hetzer entlarven – Demagogen entzaubern	146
Handlungsoptionen gegen rechtspopulistische Agitationsversuche	
Ulf Teichmann/Josephin Tischner/Kai Venohr	
Rechtspopulismus als Herausforderung für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit	164
Erfahrungen aus einem DGB-Projekt	
Roger Müller/Birgit Neumann	
Handlungsfähig im Betrieb	174
Rassistischen und rechtsextremen Einstellungen entgegenzutreten	
Thorsten Gröger/Sascha Howind	
AfD, Pegida & Co. nicht das Feld überlassen	181
Gewerkschaftliche Handlungsstrategien gegen den Rechtspopulismus	
Joachim Fährmann/Kati Zenk	
Klare Kante gegen Rechtsextremismus	188
Dietrich Burggraf	
Haltung zeigen! Aufrecht gehen! Ein Nachwort	196

ANHANG

»Arbeitnehmer«-Organisationen der AfD	205
Autorinnen und Autoren	227

Vor- und Geleitworte

Heinz-Hermann Witte*

Für ein solidarisches Miteinander

Rechtspopulismus ist allgegenwärtig, doch nur wenige Kolleg_innen wissen mit diesem gesellschaftspolitischen Phänomen und dessen Vertreter_innen umzugehen. Gerade aus diesem Grund veranstalteten wir im Januar 2017 u.a. zusammen mit der IG Metall Wolfsburg eine Fachtagung, die sich mit dem Themenfeld näher auseinandersetzte. Dabei wurde schnell klar: Der Bedarf an Hintergrundinformationen, speziell zu betrieblichen Handlungsmöglichkeiten, ist enorm, Publikationen sind hierzu aber kaum vorhanden. Um diese Leerstelle zu füllen, entschieden wir uns in Kooperation mit dem VSA: Verlag aus Hamburg zur Herausgabe des vorliegenden Bandes.

Die AfD bedient gekonnt rechtskonservative Sehnsüchte. In diesem Zusammenhang sticht vor allem das Bürgertum hervor, das sich, von Ressentiments und Ängsten getrieben, in Teilen rechtspopulistischen Versprechungen zugewandt hat. Aber auch Arbeiter_innen, Arbeitslose und sogar Gewerkschafter_innen werden von der Anti-Establishment-Rhetorik der AfD und ihrem Wirtschaftspopulismus angezogen. Dabei sind die Ängste, Sorgen und Probleme, die bei Gesprächen mit Kolleg_innen genannt und von rechtspopulistischen Wahlkämpfer_innen natürlich gerne aufgegriffen werden, nicht unbegründet. Seit Jahren beobachten wir etwa eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse (siehe Niedriglohnsektor). Die Lohnentwicklung ist seit den 1980er Jahren hinter den Verteilungsspielräumen zurückgeblieben, was Konkurrenz- und Abstiegsängste noch zusätzlich befeuerte. Diese Rahmenbedingungen trugen zweifelsohne zum aktuellen Phänomen bei, beschlich doch immer mehr Kolleg_innen in den Betrieben das ungute Gefühl, im Zeitalter der Globalisierung die Kontrolle über ihre eigene Zukunftsplanung zu verlieren.

In der politischen Bildungsarbeit in Hustedt beobachten wir derartige Krisenängste insbesondere seit den 1990er Jahren. Seitdem wurden viele Diskussionen in unserem Haus geführt und gewerkschaftli-

* *Heinz-Hermann Witte* ist Staatssekretär a.D. und Vorsitzender des Bildungszentrums HVHS Hustedt e.V.

che Handlungs- und Lösungskonzepte entworfen. Gewiss konnten dabei nicht alle Differenzen ausgeräumt werden, nichtsdestotrotz förderte der kollegiale Meinungs-austausch in offener Atmosphäre das solidarische Miteinander. In Zeiten rechtspopulistischer Agitation und fremdenfeindlicher Hetze sind gerade diese offenen Resonanzräume, wie auch der französische Soziologe Didier Eribon betont, wichtiger denn je. Ermöglichen sie den Kolleg_innen doch, unausgesprochene Sehnsüchte, Sorgen oder Wünsche in einem offenen, aber geschützten Raum zu diskutieren, ohne Gefahr zu laufen, persönlichen Anschuldigungen oder gar Anfeindungen ausgesetzt zu sein. Überlässt man dieses Feld hingegen rechtspopulistischen Demagogen, verpasst man mitunter eine entscheidende Gelegenheit, diese zu demaskieren und deren wahre Zielvorstellungen zu erörtern.

Das Bildungszentrum HVHS Hustedt, als ein Zentrum für politische Bildung in Norddeutschland und Ort des sozialen und politischen Lernens, wird auch zukünftig diese Resonanzräume ermöglichen und für eine solidarische und auf den Menschenrechten basierende Gesellschaft eintreten. Wir hoffen, dass wir mit diesem neuen Band in der Reihe »Hustedter Beiträge zur politischen Bildung« die Diskurse der letzten Jahre zusammenfassen und zugleich Ausblicke und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten, sowohl inner- als auch außerbetrieblich, aufzeigen können.

Hartwig Erb*

Wir müssen Antworten finden

»Biedermänner und Brandstifter«, so lautete der Kurztitel der Tagung im Januar 2017 in Wolfsburg, einer wichtigen Veranstaltung im gewerkschaftlichen Diskurs über den Umgang mit Rechtspopulisten. In der Region Wolfsburg haben bei den Kommunalwahlen über 10% der Wahlberechtigten ihr Kreuz bei der AfD gemacht. Und wir müssen feststellen: Selbst innerhalb der Gewerkschaften finden Rechtspopulisten ein ernstzunehmendes Wählerpotenzial. Doch wo liegen die Ursachen und welche Strategien setzen wir diesen demokratiefeindlichen Tendenzen entgegen?

Wir müssen feststellen, dass sich viele Menschen in Deutschland und Europa nicht mehr von der herrschenden politischen Klasse ernstgenommen und vertreten fühlen. Die gute wirtschaftliche Entwicklung füllt vielfach nur die Taschen der großen Konzerne und Unternehmen, die breite Masse geht leer aus. Und auch die Entwicklung in Richtung einer digitalen Gesellschaft macht vielen Menschen Angst. Die fortschreitende Prekarisierung von Arbeit hängt immer mehr Arbeitnehmer vom regulären Arbeitsmarkt und damit von der gesellschaftlichen Teilhabe ab und generiert so ein Potenzial an Bürgern, die sich nicht mehr in dieser Gesellschaft sehen.

Wir müssen Antworten finden auf diese Entwicklungen – auch und gerade mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Dabei geht es um die Themen Gerechtigkeit, Teilhabe und sich ernstgenommen fühlen. Es geht um gleiche Chancen in der Schulbildung und beim Zugang in die Hochschulen. Es geht um gute Arbeit mit gerechten Löhnen. Es geht um ein menschenwürdiges Auskommen mit einer Rente, die zum Leben reicht. Es geht darum, dass gesellschaftlich wertvolle Arbeit endlich gerecht honoriert wird, etwa in der Kranken- und Altenpflege oder im Dienstleistungssektor, und es geht auch um Steuergerechtigkeit, damit sich die Reichen nicht noch mehr die Taschen vollstopfen können. Letztendlich geht es also um die eigentliche Aufgabe des Staates, seine

* *Hartwig Erb* ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall Wolfsburg.

Bürger zu schützen, soziale und wirtschaftliche Weichen zu stellen und niemanden an den Rand der Gesellschaft zu drängen.

Die deutschen Gewerkschaften haben in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Sie sind aus ihrer historischen Erfahrung heraus die Wächter von Toleranz, Gerechtigkeit und Demokratie, innerhalb und außerhalb der Betriebe. Nutzen wir also die Chance, mit unseren Kolleginnen und Kollegen in die Diskussion zu kommen, um den besseren Weg zu streiten und gemeinsame Lösungsansätze für eine gerechtere Politik zu entwickeln. Nehmen wir endlich die Rolle wahr, als Anwalt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und als gesellschaftliches Korrektiv zu agieren, anstatt als Anhängsel von Parteipolitik und parteipolitischen Rücksichtnahmen aufzutreten. Es ist ja deutlich zu erkennen, dass die Menschen nicht politik-, sondern politikerverdrossen sind. Treiben wir also unsere Themen von einem besseren Leben, gerechten Löhnen, sicherer und guter Arbeit, aktiver Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt nach vorne in die betriebliche und überbetriebliche Ebene.

Damit entlarven wir nicht nur die »Biedermänner und Brandstifter«, sondern wir leisten auch einen aktiven Beitrag für die Sicherung unserer Demokratie. Dazu war die Veranstaltung im Januar 2017 ein wichtiger Meilenstein.

Giovanni Pollice*

Dem rechten Hass entgegenzutreten!

Mit dem Zuzug von hunderttausenden Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten im Jahr 2015 hat sich das politische Klima in Deutschland verändert. Der großen Solidarität mit Geflüchteten in weiten Teilen der Bevölkerung stehen Ablehnung, Hass und Wut gegenüber. Angeheizt und befeuert wird die feindselige Stimmung von Rechtspopulisten. Die AfD, die entschiedene Gegnerin der Asylpolitik der Bundesregierung ist und die immer mehr versucht, sich als »Partei der kleinen Leute« zu inszenieren, ist mittlerweile in 13 Landtagen und seit neuestem auch im Bundestag vertreten. In Dresden finden seit dem Spätherbst 2014 die »Spaziergänge« der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Organisation PEGIDA statt.

Parallel dazu stieg in diesem Zeitraum auch die Gewalt gegen Geflüchtete, politisch Andersdenkende und Unterstützer_innen in der Flüchtlingshilfe an. Brennende Asylunterkünfte und aggressiver Protest sind Bilder, die sich tief in das Bewusstsein unserer Gesellschaft eingepägt haben. In sozialen Netzwerken brechen bei den Diskussionen unter »Usern« jegliche Hemmschwellen weg – ein Phänomen, das mit dem Begriff Hate-Speech umschrieben ist. Diese Entwicklung polarisiert unsere Gesellschaft und schafft eine Atmosphäre, in der Hass und unsoziales Handeln immer mehr die Oberhand zu gewinnen scheinen.

Auch die Arbeitswelt ist davon nicht ausgenommen. Gerade der Arbeitsplatz ist ein Ort, der nicht isoliert von gesellschaftspolitischen Debatten ist. Der Betrieb ist ein Spiegel der Gesellschaft.

Diskussionen um die Integration von Geflüchteten in die Betriebe und in die Gesellschaft, oder – oft damit verknüpft – Diskussionen um die soziale Frage in Zeiten der Globalisierung und des Wandels sind spannungsgeladen. Sie sind oftmals eine Herausforderung für Betriebsräte und Gewerkschafter_innen. Denn im Zuge dessen können zum Teil diskriminierende Abwertungen und Vorurteile zutage treten, die ein Einfallstor und Anknüpfungspunkt für den Rechtspopulismus bieten können.

* *Giovanni Pollice* ist Vorsitzender des Vereins »Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.«.

Hier ist es Aufgabe eines jeden, des Betriebsrats und der Gewerkschaftskolleg_innen, Rassismus entgegenzutreten und eine demokratische, solidarische Werteorientierung zu vermitteln. Soziale Ängste und existierende soziale Ungerechtigkeit müssen, gerade von uns Gewerkschaften, als solche angesprochen werden und dürfen nicht ethnisiert werden – das spaltet die Arbeiterschaft und letztlich auch die Gesellschaft.

Die Arbeitswelt ist ein zentraler gesellschaftlicher Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Herkunft tagtäglich zusammenkommen. Das ermöglicht es, durch Kommunikation, Dialog und respektvollen Umgang, die Integration zu fördern und dabei Abwertung, Ausgrenzung und menschenverachtende Gesinnungen in die Schranken zu weisen.

Der Verein »Mach' meinen Kumpel nicht an!« wurde 1986 gegründet, um ein gewerkschaftliches Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung in der Arbeitswelt zu setzen und die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen für diese Themen zu sensibilisieren, um so einen Beitrag für eine diskriminierungsfreie, vielfältige und weltoffene Gesellschaft zu leisten. Diese Aufgabe scheint heute wieder wichtiger denn je: das heißt insbesondere Werte zu vermitteln, die Solidarität und das Miteinander zu fördern und menschenfeindliche Ressentiments zu bekämpfen. Der Band, der in Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum Hustedt und der IG Metall Wolfsburg entstanden ist, soll ein Beitrag sein, um das demokratische Engagement in der Arbeitswelt zu stärken.

Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Kludia Tietze*

Über dieses Buch – ein Geleitwort

Als die ersten Plakate zur Bundestagswahl von der Berliner AfD im August 2017 in den Straßen der Hauptstadt angebracht wurden, schrieb uns eine Schweizer Kollegin der Gewerkschaft »Unia« an, die zu Beginn des Jahres mit ihrer Familie nach Deutschland gezogen war. Sie war zutiefst entsetzt über Slogans und Aufmachung der Plakate und fühlte sich in weiten Teilen an Kampagnen der rechtspopulistischen »Schweizerischen Volkspartei« (SVP) erinnert. Es sei doch, so die Kollegin, auf inhaltlicher Ebene kaum mehr ein Unterschied, ob man in den Straßen nun »Sozialstaat? Braucht Grenzen« (illustriert mit einem Grenzbaum, auf dem vier Raben sitzen) oder wie in der Schweiz »Unkontrolliert Einbürgern? Nein« lese. Beides laufe letztlich auf eine zutiefst nationalistische und fremdenfeindliche Politik hinaus, in der die Zugehörigkeit zu einer wie auch immer definierten »Volksgemeinschaft« darüber entscheide, wer und in welcher Weise als vollständiges Mitglied der Gesellschaft akzeptiert werde. Am Ende drehe es sich dann nur noch um die Fragen: Wer gehört zu uns? Und wer nicht? Wer darf die Leistungen des Sozialstaats in Anspruch nehmen? Und wem werden diese grundsätzlich verwehrt?

Auch in den Betrieben sind diese Fragen allgegenwärtig und bestimmen oftmals die Debatten im Pausenraum oder etwa am Rande von Teambesprechungen. Rechtspopulistische Argumentationsmuster und Denkfiguren sind dabei keine Seltenheit – ist doch der Betrieb letztendlich nur ein Spiegelbild der Gesellschaft: So wird sich in Gesprächen alter und neuer Vorurteile bedient, vermeintlich einfache Lösungskonzepte präsentiert, gegen das politische Establishment gehetzt oder bestimmte Feindbilder konstruiert. Meist fehlt es den engagierten Kolleg_innen vor Ort an nötigem Rüstzeug, derartige rechtspopulistische Äußerungen zu demaskieren und in einer inhaltlichen Ausei-

* *Björn Allmendinger* ist Studienleiter des Gesamteuropäischen Seminars im Bildungszentrum HVHS Hustedt, Vorsitzender der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. *Joachim Fährmann* ist Politischer Sekretär der IG Metall Wolfsburg. *Kludia Tietze* ist Geschäftsführerin des Vereins »Mach' meinen Kumpel nicht an!« in Düsseldorf.

nersetzung entsprechende gewerkschaftliche Alternativen und Gegenkonzepte aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang soll der vorliegende Sammelband Anregung und Hilfestellung zugleich sein und dazu ermutigen, rechtspopulistischen Demagogen in Betrieb und Gesellschaft Paroli zu bieten.

Gezielt präsentiert sich die AfD als sozialer Rettungsanker und sucht die Konfrontation mit Parteien und Organisationen, die sich in der Tradition der Arbeiterbewegung verorten. Exemplarisch steht hierfür etwa der Slogan »Das neue Rot der Arbeitnehmer ist Blau«, welcher von der Interessengemeinschaft der »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA) verbreitet wird und nicht zuletzt als Kampfansage an Gewerkschaften und linke Parteien zu verstehen ist. Und auch die »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer e.V.« (AVA) ruft dazu auf, vor allem »Arbeitnehmer als die größte gesellschaftspolitische Bevölkerungsgruppe zur aktiven Mitarbeit in der AfD (...) [zu] gewinnen«. Deutlichere Worte fand diesbezüglich Jürgen Pohl, Gründer des »Alternativen Arbeitnehmerverbandes Mitteldeutschland« (ALARM!), auf einer Veranstaltung der AfD am 1. Mai 2017 in Erfurt. Unverblümt forderte er dort, »den Tag der Arbeit aus den Händen der Arbeitverräter [zu] entreißen« und »den Kampf für einen solidarischen Patriotismus« weiter voranzutreiben.

Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen fühlen sich von derartigen Slogans und Seitenhieben gegen Gewerkschaftsvertreter_innen oder Politiker_innen der etablierten Parteien durchaus angesprochen. Denn ein nicht unerheblicher Teil von ihnen fürchtet sich vor prekärer Beschäftigung, Altersarmut und sozialem Abstieg und sieht in der AfD die einzig wahre Stimme der »kleinen Leute«. Doch nur wenigen scheint klar zu sein, dass die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der AfD vor allem mit rassistischen Tönen untermalt ist und etwa geflüchtete Menschen oder bestimmte ausländische Arbeitnehmer_innen ausschließt. Ferner gilt zu bedenken, dass die AfD in erster Linie marktradikale, arbeitnehmerfeindliche Ziele verfolgt und so manche Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit eher aus strategischen bzw. wahltaktischen Gründen in der Öffentlichkeit lanciert werden. Umso wichtiger erscheint es daher, sich intensiver mit den sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen der AfD auseinanderzusetzen und die aktuellen Diskurse und Entwicklungen innerhalb der Partei, gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Personal- und Betriebsratswahlen und dem derzeit offensiveren Auftreten von AidA, AVA und ALARM!, näher zu beleuchten.

Der vorliegende Sammelband ist aus der Idee heraus entstanden, Theorie und Bildungspraxis miteinander zu verbinden und Rechtspopulismus vor allem im Kontext der Arbeitswelt tiefergehender zu untersuchen. Der Band ist insgesamt in drei Themenblöcke unterteilt: Er soll Grundlagen des Rechtspopulismus vermitteln, dessen Wirkkraft in Betrieb und Gesellschaft näher veranschaulichen und natürlich gewerkschaftliche Handlungsoptionen aufzeigen. Das Buch richtet sich insbesondere an die vielen Kolleg_innen, die sich inner- wie außerbetrieblich tagtäglich gegen menschenverachtende und diskriminierende Denkweisen engagieren. Gerade ihnen soll der Band als Informationsgrundlage und Handlungshilfe dienen – und sie in gewisser Weise in ihrer schwierigen Arbeit unterstützen.

Als Herausgeber möchten wir dazu anregen, sich aktiv für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen und Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Kultur oder Religion, ein menschenwürdiges Leben in Deutschland zu ermöglichen. Wir danken allen Autor_innen, die an diesem Projekt durch ihre Beiträge, Ratschläge und Ideen mitgewirkt haben. Unser ganz besonderer Dank gilt abschließend der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und den Kolleg_innen des Vereins »Mach' meinen Kumpel nicht an!«, ohne deren Engagement und Unterstützung dieses Buch sicherlich nicht in dieser Form zustande gekommen wäre.

Dietrich Burggraf

Haltung zeigen! Aufrecht gehen!

Ein Nachwort

Im vorliegenden Buch wird der Rechtspopulismus in Deutschland analysiert. Im Mittelpunkt stehen dabei die kritische Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland und gewerkschaftliche Gegenstrategien. Aufklärend und in praktischer Absicht. Es ist das Verdienst der Herausgeber, einen beachtlichen Kreis von politisch denkenden Wissenschaftler_innen, aktiven Gewerkschafter_innen, Journalisten und Pädagogen zusammengebracht zu haben. Entstanden ist ein ernüchterndes, in seiner kritischen Orientierung ermutigendes Handbuch, eine analytische Argumentationshilfe und Anleitung zur Aufklärung. Nun soll ich ein Nachwort schreiben. Das ist eine Herausforderung. Und wer will das überhaupt lesen? Wer braucht dieses Buch? Nun, tasten wir uns heran ...

Die Artikel dieses Sammelbandes wirken aus sich selbst heraus. Es ist alles gesagt, es sei denn, man mutet sich die Frage zu (mal ehrlich), wie rückwärtsgewandt sind notgedrungen die kritische Aufklärung und Auseinandersetzung mit dem Rückwärtsgewandten? Bedarf es nicht doch noch deutlicher des Blicks nach vorne?

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus freilich ist hier und heute zwingend erforderlich. Vor allem auch mit seinem bürgerlichen Umfeld. Nicht zuletzt firmiert die AfD in praktisch der gesamten veröffentlichten Meinung als mittlerweile fest etablierte bürgerliche, ernst zu nehmende Partei, sieht man von einigen, so sagen sie, »unschönen rechtsradikalen Auswüchsen« ab, eine Partei, die man entsprechend zu Wort kommen lassen, im Pro und Contra medial begleiten und schließlich als eine denkbare politische Option diskutieren müsse.

Ich sehe das völlig anders. Jedes Forum für Rechtspopulisten, jede Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der AfD ist eine zu viel. »Postfaktisch« kann ich nicht diskutieren. Und allemal nicht mit jenen, die zwischen guten und schlechten Flüchtlingen unterscheiden, die national-konservative und nationalistische Weltbilder popularisieren wollen. Vom latenten oder offenen Rassismus ganz zu schweigen.

Mittlerweile sind wir über die Biografien führender AfD-Politiker_innen besser informiert – über ihre Radikalisierung, über Machtkämpfe, Intrigen und ihren fließenden Übergang zum national-völkisch-rassis-

tischen Extremismus – als über die Grundwerte und Grundrechte, wie sie im Grundgesetz verbrieft werden. Dem Publikum gruselt. Oder es ist fasziniert. Der Bazillus jedenfalls frisst sich weiter ...

Wie schnell solch ein Prozess der Gewöhnung an rechtspopulistische bis rechtsradikale Positionen verlaufen kann, hat in Hamburg bereits Anfang des letzten Jahrzehnts die Schill-Partei gezeigt, ein regionaler populistischer Law-and-Order-Vorläufer der AfD, der damals umgehend zum Koalitionspartner der liberalen Von-Beust-CDU avancieren durfte.

Dass freilich auch demokratiefeindliche und rassistische Positionen in den Betrieben bei gewerkschaftlich organisierten Kolleg_innen anzutreffen sind, benennen die Beiträge dieses Buches in bemerkenswert kritischer Offenheit. Umso mehr muss diesem »Zeitgeist« eine demokratische Orientierung entgegengesetzt werden, die Ängste und Ressentiments neutralisiert und positiv eine Politik entwirft, in der die eigenen sozialen Interessen wiedererkannt werden können.

Die praktischen Beiträge der Aufklärungsarbeit der IG Metall Wolfsburg und der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, des Kumpelvereins (»Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.«), des DGB Bildungswerkes (Bund), des Studienhauses Wiesneck und des Bildungszentrums HVHS Hustedt in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund ermutigen ebenso wie die Trainings gegen Stammtischparolen, die schulischen und außerschulischen Praxismodelle zur Prävention gegen Rechtsextremismus sowie die Strategien sozialen Lernens, auch und gerade in einem bereits erschreckend eindeutig rechtspopulistisch und rechtsradikal geprägten Umfeld. Alle genannten Initiativen und Organisationen berichten in diesem Band.

Die Aufklärungspraxis ist am erfolgreichsten, je konkreter sie rechtspopulistische Parolen als ausgrenzend, rassistisch, chauvinistisch und demokratiefeindlich zurückweist und auf eine nachvollziehbare, soziale Zukunftspolitik orientiert. Will man Rechtspopulismus wirklich bekämpfen, bedarf es sowohl kritischer Aufklärung als auch einer Politik für verbesserte demokratische Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Denn offensichtlich sind eine wachsende Verschlechterung der Daseinsvorsorge im Zuge der Ausweitung neoliberaler Reformen, selbst bei denjenigen, die davon nicht unmittelbar betroffen sind, sowie das »Nicht-gehört-werden« in einer sich permanent verändernden globalen Welt wichtige Gründe für den wachsenden Zuspruch des rechten Po-

pulismus. Dabei hat die Grundmelodie einer »alternativlosen Sparpolitik« in Deutschland einen vermeintlich seriösen Klang, während sie sich europaweit offen als Verarmungspolitik, als Austeritätspolitik darstellt.

Über den Tag hinaus geht es um eine breitenwirksame und sinnstiftende neue Erzählung, die die freiheitlichen und demokratischen Errungenschaften eines sozialen Rechtsstaates erklärt und verteidigt und eine nachhaltige Demokratisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche einfordert. Demokratie braucht Demokratie in einem, richtig verstandenen, republikanisch umfassenden Sinn und die ermutigende Perspektive eines guten Lebens und Arbeitens. Das ist, wenn auch nur fragmentarisch, dann doch ein kleines Nachwort wert:

Nach vorwärts erinnern – eine neue Demokratiebewegung wagen

»Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen international. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es.« (Kurt Tucholsky) Es ist unsere Heimat: Deutschland, Europa, die internationale Welt – und jene konkrete Utopie, die wir mit Ernst Bloch »Heimat« nennen. Das ist unsere Alternative für Deutschland.

So könnte eine vitale progressive und vielleicht breitenwirksame Erzählung beginnen. Es ist die Geschichte der arbeitenden Menschen, der Erfolge und Niederlagen der Arbeiterbewegung als soziale Demokratiebewegung, es sind die bürgerlichen Freiheitsbestrebungen vom Vor-März und den 48er-Revolutionen bis ins 20. Jahrhundert, es ist das Inferno des Faschismus und schließlich der Aufbau der Zivilgesellschaft in der Freiheit des Grundgesetzes, es ist die Erfahrung des gescheiterten »realen Sozialismus« und die Hegemonie der Marktradikalen, aber auch die der erfolgreichen gewerkschaftlichen Gegenmacht, des zivilgesellschaftlichen »Bunt statt Braun« und einer lebendigen Erinnerungskultur. Sie erzählt im Blick auf NS-Zeit und aktuelle Verbrechen des Rechtsradikalismus von der wachsenden »Fähigkeit zu trauern« und Widerstand zu organisieren, von engagierten Menschen in den sozialen Bewegungen, in den Betrieben und im gesellschaftlichen Nahbereich, in der Flüchtlingshilfe und beim Kampf um Menschenrechte, sie erzählt von der stetigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedin-

gungen, von Energiewende und Klimaschutz, vom sozialen Aufstiegsversprechen, von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit und einer Zukunft ohne Zukunftsangst – sie erzählt vom gelingenden Leben. Ohne Visionen, ohne den Willen zur Utopie, kann es – mit Oskar Negt – perspektivisch keine nachhaltige Politik geben.

Eine solche Erzählung weiß auch vom Unabgeholtenen der Geschichte. Also von jenen Brüchen und nicht eingelösten Forderungen und Versprechen, für die unsere Väter und Mütter gekämpft haben. Das ist keine sozialromantische Flucht in die Geschichte. Es gibt ein fundamentales Grundbedürfnis nach Orientierung und gesellschaftlichem Teilhaben. Auch moderne »leistungsbewusste« Angestelltenmilieus sind auf orientierende Werte ansprechbar und bei aller Individualisierung an sozialer Sicherheit und guter Arbeit in einem gerechten Gemeinwesen interessiert.

Es ist keine Träumerei, wenn Demokratiedefizite und politische Apathie durch gezielte Demokratisierungsstrategien bekämpft werden. Wie ernst nehmen wir die Menschen in- und außerhalb der Betriebe, die gesellschaftliche Mitte mit ihren nicht erfüllten Grundbedürfnissen nach Orientierung, die »ungehörten« Etablierten, die sich politisch nicht mehr vertreten fühlen, ebenso wie die Modernisierungsverlierer? Wie ernst nehmen wir den Demokratieanspruch des Grundgesetzes? Wie anders als durch Demokratie kann Demokratie entwickelt werden?

Doch öffnet das nicht erst recht den Populisten Tor und Tür oder, wie in diesen Tagen, der BILD-Zeitung mit ihrer eigenen Wahl-Aktion und Formulierungshilfe für rechte Populisten?! »Es kann doch nicht sein ...« im Duktus von »Das wird man ja noch mal sagen dürfen ...« Und dann folgt eine Vielzahl von Aufregern, Skandalen und Skandälchen mit jenem bekannten Subtext »Wir gegen die anderen«, ein Subtext, der eine andere Republik einfordert, jedoch Oben und Unten, Arm und Reich, Macht und Ohnmacht konsequent ausblendet. Darüber müssen wir sprechen.

Liberale Indifferenz und sozialdemokratische Genügsamkeit verharren auf den Demokratisierungsansätzen der 1970er Jahre. Hier braucht es bürgerrechtliche und wirtschaftsdemokratische Impulse. Dass sie instrumentalisiert werden können oder – wie zum Beispiel in der kantonalen Bürger-Demokratie der Schweiz – auch zu restriktiven Ergebnissen führen, diskreditiert nicht den hier gemeinten demokratischen Aufbruch, der mittelfristig auch Distanzierten und Enttäuschten echte Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet und die politischen Parteien zu neuer Offenheit und Entwicklung zwingt.

Hier ist eine politische Erzählung, eine Bewegung gemeint, die sinnstiftend wirkt, auf dem Weg zum guten Arbeiten und guten Leben, und die heute auch jenseits des Wahljahres in eine überzeugende Politik für neue soziale Sicherheit und Demokratie münden muss – anschlussfähig an die Verunsicherung, Ängste und Apathie breiter Bevölkerungsgruppen. Eine solche Demokratiebewegung nimmt die Idee einer »pluralen Mosaik-Linken« auf, »in der sich die Akteure einer neuen Bewegung der Arbeit mit anderen und neuen Kooperationsformen für gemeinsame Ziele engagieren« (Urban 2013). Sie entsteht freilich nicht im politikwissenschaftlichen Diskurs. Und sie geht weit über ein rot-rot-grünes Projekt hinaus: Sie ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Aufbruchstimmung und von vielfältigen Interessen getragen. Sie benötigt historische Fenster. Und ...

Es geht um Ihre Mitarbeit und Beteiligung!

... und es bedarf vieler Initiativen für eine praktische gesellschafts-politische Meinungsbildung aktiver, sehr unterschiedlich Engagierter, eine Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure und der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der globalisierungskritischen Gruppen ebenso wie der Vertreterinnen und Vertreter der neuen Genossenschaftsbewegungen, des kulturellen Lebens, der Kirchen, der Synagogen, der Moscheen und all jener, die eher atheistisch einer gleichwohl wertorientierten Bürgerreligion anhängen. Es geht um die Mehrheitsfähigkeit der Forderung nach mehr Demokratie und Beteiligung in allen Lebens- und Arbeitsbereichen. Ohne Ausgrenzungen, Feindbilder und Deklassierungen. Denn »Schwarz Rot Gold« ist eben nicht bunt genug, wie die AfD behauptet. Wir nehmen die kulturelle Herausforderung durch die Rechtspopulisten an und treten für den Ausbau der sozialen Demokratie ein.

Den Kulturkampf aufnehmen!

Der Begriff erinnert an den Kampf des Guten gegen das Böse, aber auch an staatliche Herrschaftsansprüche wie im historischen Kulturkampf des 19. Jahrhunderts gegen die katholische Kirche und dann gegen die »gemeingefährlichen Bestrebungen« der erstarkenden Arbeiterbewegung, er erinnert an den »Untergang des Abendlandes«, an nationalistisch-völkisches Gedankengut, an »Stahlgewitter« und »Blut und Boden«. Und heute nun heißt es: »Deutschland schafft sich ab!« Populär und mit vielen

Trittbrettfahrern in Sarrazins Gefolge. Wir wissen, dass 1933 viele Jahre vorher begann – mit der schleichenden Verrohung der Gesellschaft, mit chauvinistischem Gedankengut, mit eben rechtspopulistischer Propaganda in der Zwischenkriegszeit und mit völkisch-nationalistischen Exzessen bis hin zu weiterer Entmenschlichung, Gewalt und Terror.

Alexander Häusler und Rainer Roeser beschreiben im vorliegenden Band, wie sich die AfD heute »zu einem parteipolitischen Dach für einen rechten Kulturkampf entwickelt hat, der die Forderung nach ›nationaler Identität‹ damit verknüpft, sich gegen Frauen- und Menschenrechte zu stellen, aber auch gegen Solidarität mit Flüchtlingen und den verschuldeten Staaten in (Süd-)Europa«. Und nicht zuletzt veranschaulichen sie die Gefahr einer völkisch-nationalistischen Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft selbst.

In diesem Zusammenhang machen die Autor_innen in diesem Band mehrfach darauf aufmerksam, dass Abstiegsängste und soziale Auseinandersetzungen heute von der vertikalen in die horizontale Perspektive verlagert werden. »Wohlfahrt und soziale Errungenschaften soll es nur für die ›eigenen Leute‹ geben, die anderen haben darauf keinen Anspruch. Konkret ist dies die Forderung: Mindestlohn nur für Deutsche. Soziale Auseinandersetzungen gibt es demnach nicht zwischen ›Oben‹ und ›Unten‹, sondern nur zwischen ›Uns‹ und den ›Anderen‹. So entsteht eine Wagenburgmentalität, von den sozialen Problemen wird abgelenkt.« (Thorsten Gröger und Sascha Howind in diesem Band)

Doch soll niemand meinen, dass es mit dieser Desorientierung sein Bewenden hat. Nationalistische Politiker haben der Demokratie weltweit den Kampf angesagt: Das betrifft eine Vielzahl autoritär regierter Staaten und Diktaturen und geht weit darüber hinaus – in rassistischer Perspektive geht es um einen neuen Menschen, den es zu fördern gelte, eine geistige und genetische Elite. Nationale Allmachtsphantasien verquicken sich mit technologischem Wahn und eugenischer Reinheitslehre. Es ist eine ideologische Gemengelage, die regelrecht nach Entladung in einem »Kulturkampf« schreit und die »harmonische Verhältnisse« wiederherstellt, wo ein Mann noch ein Mann, eine Frau noch eine Frau ist, wo ein einmal erlernter Beruf ein Leben lang qualifiziert und wo man auf christlichen Weihnachtsmärkten nicht mehr massenhaft Muslime antrifft (angelehnt an Balzer 2017). Das Feuilleton weiß dies für ein anspruchsvolles Publikum ausführlich zu beschreiben, inklusive Verschwörungstheorie und ideologischem Bodensatz. Die Stammti-

sche halten es da eher schlichter mit sexistischen oder antisemitischen Witzen. Die Welt ist aus den Fugen. Erst der »neue Mensch« soll es letztlich richten. Bis dahin sehen sich die Rechtspopulisten als die Vertreter des »wahren Volkes«.

Es soll zurückgehen in die 1950er Jahre, zurück hinter die Emanzipation von einer patriarchalischen, autoritären Gesellschaft, zurück hinter den Abbau politischer Hierarchien, zurück hinter ein breites Verständnis von Toleranz gegenüber der Vielfalt von Minderheiten und zurück hinter Ökologie als behutsamer nachhaltiger Umgang mit der Natur. »Wer bislang glaubte, derart verstaubte autoritäre Gedanken seien endgültig vertrieben und die Vielfalt libertärer Werte bereits fest in der Gesellschaft verankert, sieht sich heute eines besseren belehrt.« (Tils/Raschke 2016: 11)

Diese Herausforderung anzunehmen, bedeutet sich mit einem gefestigten Wertefundament zu positionieren und eine soziale, demokratische und gerechte Zukunft zu beschreiben. Dazu bedarf es neben politischer Analyse, Strategie und Gestaltungsmacht auch ausdrucksstarker Bilder einer sinnstiftenden Erzählung. Die politischen Plakate »Am Samstag gehört Vati mir!« und die »35 Stundenwoche vor aufgehender Sonne« oder die fröhliche Sonne des Aufklebers »Atomkraft? Nein Danke!« waren in ihrer Zeit eine mobilisierende Ikonographie. Politisch-kulturelle Arbeit hat heute die Aufgabe, eine neue angemessene Ästhetik des Widerstandes zu entwickeln (siehe Kolbe et al. 2016).

Denn Aufrufe, Empörungen und Ruck-Reden gab und gibt es zur Genüge. Sie sind ebenso wenig originell und erfolgreich wie die staatlichen Bemühungen zur politischen Bildung, vom Politiker-Speed-Dating bis zur »Stärkung des Wir-Gefühls«, wenn sie nicht in der Sache eine politische Entwicklungsperspektive aufzeigen. Nicht zuletzt lassen sich Vorurteile und Mythen kaum durch Informationen und Aufklärung allein entkräften.

In diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bemerkenswert, der eine ethische Grundlinie zieht und öffentlichkeitswirksam einem breiten Publikum deutlich macht, dass Nationalismus Sünde sei. »Wer sein eigenes Land oder eine eigene Volksgruppe überhöhe und gegen die anderen in Stellung bringe, produziere Hass, irgendwann Gewalt und am Ende vielleicht unzählige Tote. (...) Wo er mit dem christlichen Mäntelchen versehen wird, ist klarer Widerspruch angesagt.« (Bedford-Strohm 2017: 10)

Die Empörung der Ex-Präsidentin des Zentralrates der Juden, Renate Knobloch, zielt noch direkter auf die AfD als »Schande für das Land«. Die AfD stehe für offen geäußerte rassistische Thesen, Geschichtsklitterung, Holocaust-Relativierung oder -Leugnung, Fremdenfeindlichkeit sowie offene Nähe zu den Neonazis. Frühzeitig ließ bereits Martin Schulz mit der wuchtigen moralischen Verurteilung der AfD aufhorchen (»Schande für Deutschland«) und selbst im konservativen Lager gibt es zuweilen Stimmen, die die AfD »Schande mit Parteistatut« (Thomas Strobl) nennen. Diese Stellungnahmen sprechen in der Mitte der Gesellschaft ein Publikum an, das »Schande« als Verlust von Ansehen und Ehre in einem Tugendkanon der Selbstachtung kennt und auf gesellschaftliche Anerkennung wert legt. Man wünscht sich, dass dieser Versuch, eine rote Linie zu ziehen, nicht nur in Wahlkampfzeiten erfolgt und sich tatsächlich bis in den Alltag herunterbrechen lässt. Die kulturelle Herausforderung der Rechtspopulisten verlangt freilich nicht nur die moralische Verurteilung, sondern – soll sie nachhaltig wirken – eine bewusste politisch-ethische Auseinandersetzung und Re-Politisierung des Sozialen.

Wie wollen wir arbeiten und leben? Sind wir weltoffene Europäer oder deutsch-nationale »Heimathirsche«? Stehen wir zu den unveräußerlichen Menschenrechten und den Prinzipien sozialer Demokratie? Wie halten wir es mit der Gerechtigkeit? Versöhnen oder spalten wir die Gesellschaft? Wie werden in Zukunft gesellschaftlicher Reichtum und soziale Verantwortung, Freiheit und Gemeinwohl demokratisch gestaltet? Dazu fehlt es nicht an gewerkschaftlichen Stellungnahmen und klaren Worten. Bereits aus historischer Erfahrung sind Gewerkschaften Wächter von Toleranz, Demokratie und Menschenrechten (Hartwig Erb). Nicht von ungefähr ist die Integration von Migrantinnen und Migranten am weitesten in den Betrieben positiv vorangeschritten. Unsere Antwort auf die politische und kulturelle Herausforderung der Rechtspopulisten ist deshalb, wie von Thorsten Gröger und Sascha Howind in diesem Band formuliert, ein Politikmodell, das auf Solidarität und Beteiligung in einem ganz umfassenden Sinn setzt und gegen Demokratieabbau, für soziale Gerechtigkeit eintritt – mit einer Wirtschaftsdemokratie, die den Primat der Politik gegenüber wirtschaftlicher Macht herstellt.

Kein Tag vergeht in diesem Sommer ohne rechtspopulistische Angriffe auf Menschenrechte und Demokratie. Etwas abschätzig fragte mich ein politischer Freund, als er von diesem Buchprojekt hörte: »Wer liest das denn? Wir wissen doch alles über die AfD. Wieder so ein Buch, das die

Welt nicht braucht!« Jetzt antworte ich ihm: Dieses Buch bietet, nicht nur für Gewerkschafter_innen, fundierte handlungsleitende Analysen und ermutigende Perspektiven und, wenn man es richtig liest, eine Anleitung zum »Aufrechten Gang«. Nicht mehr und nicht weniger.

Literatur/Quellen/Assoziationen

- Balzer, Jens (2017): Unterwegs zum »neuen Menschen«. In: DIE ZEIT vom 14. Juni. Auch online abrufbar unter: www.zeit.de/2017/25/rechtspopulismus-rassismus-evolution-akzelerationismus-nick-land [letzter Zugriff: 9.8.2017].
- Bedford-Strohm, Heinrich (2017): Warum Nationalismus Sünde ist. In: Chrismon, Das Evangelische Magazin, 4/2017, S. 10.
- BILD-Zeitung (2017): Das große BILD-Wahlprogramm: Was sich endlich ändern muss; 17. Juni.
- Bloch, Ernst (1959): Das Prinzip Hoffnung, Bd. 3 (hier 8. Auflage), Frankfurt a.M.
- Buchholz-Will, Wiebke/Burggraf, Dietrich (2016): Mit Pauken und Trompeten – Auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6-7/1998 sowie in: Kolbe u.a. 2016.
- IG Metall Vorstand (2016): Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt. Positionspapier der IG Metall zur Bundestagswahl 2017. Berlin.
- IG Metall Vorstand (2016): Rechtspopulismus entgegnetreten. Strategien zum Umgang mit AfD, Pegida und Co.; Arbeitsheft für Referent(inn)en der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Frankfurt a.M.
- Knobloch, Renate (2017): AfD ist Schande für das Land, in: Celler Zeitung vom 7. April, S. 1.
- Kolbe, Harald/Burggraf, Dietrich/Strasser, Peter (Hrsg.) (2016): Von der Arbeiterkultur zur Kultur der Arbeit? Das kulturelle Erbe der Arbeiterbewegung und politische Kulturarbeit heute, Hustedter Beiträge zur politischen Bildung, Band 4, Hustedt/Celle.
- Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.; Infodienst: »Aktiv für Chancengleichheit«, siehe auch: www.gelbehand.de/informiere-dich/newsletter/ [letzter Zugriff: 9.8.2017].
- Negt, Oskar (2010): Der Politische Mensch, Göttingen.
- Tils, Ralf/Raschke, Joachim (2016): Mehr Kulturkampf wagen. Die AfD will zurück ins Gestern. Die Parteien antworten mit Geldversprechen an die Wähler – ein Fehler. In: DIE ZEIT Nr. 22/2016, S. 11.
- Tucholsky, Kurt (1929): Deutschland, Deutschland, Glossen und Essays, Berlin.
- Urban, Hans-Jürgen (2013): Arbeiterbewegung heute: Wandel der Arbeit – Wandel der Bewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschehen (APuZ), Beilage zu Das Parlament, 63. Jahr, 40/41 2013, S. 46.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln.

Autorinnen und Autoren

Tim Ackermann arbeitet als Bildungsreferent des DGB Bildungswerk NRW e.V. und organisiert mit und für verschiedene Geschäftsstellen der IG Metall in NRW die Bildungsarbeit. Im Jahr 2017 hat er für die IG Metall NRW mehrere Seminare zum Thema »AfD und Gewerkschaften – Rechtspopulismus ist keine Alternative« durchgeführt. Zuvor war er Jugendbildungsreferent des DGB in der Region Ruhr-Mark/NRW und hatte u.a. den Arbeitsschwerpunkt deutsch-israelischer Austausch.

Björn Allmendinger, M.A., ist Studienleiter des Gesamteuropäischen Seminars im Bildungszentrum HVHS Hustedt, Vorsitzender der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Dietrich Burggraf, Dipl. Päd., war Leiter und Geschäftsführer des Bildungszentrums HVHS Hustedt – Zentrum für soziale Demokratie und Mitbestimmung (2009-2016) und Leiter (Vakanz-Vertreter) der Deutsch-Niederländischen HVHS Europahaus Aurich (2016), er ist Ehrenbürger der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel.

Ulrich Eith, Prof. Dr., ist Professor am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg und Institutsdirektor des Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V. in Buchenbach.

Hartwig Erb ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall Wolfsburg.

Joachim Fährmann ist Politischer Sekretär der IG Metall Wolfsburg.

Sebastian Fischer, Dr., vertritt die Professur für »Didaktik des politischen Unterrichts und der politischen Bildung« an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Tammo Grabbert ist Pädagogischer Mitarbeiter für den Bereich Asyl und Geflüchtete sowie regionaler Grundbildungsbeauftragter beim Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V.

Thorsten Gröger ist Bezirksleiter der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Mark Haarfeldt ist Referent beim Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« in Düsseldorf.

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus und Neonazismus (www.forena.de) der Hochschule Düsseldorf.

Sascha Howind ist Pressesprecher der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Klaus-Peter Hufer, Prof. Dr. rer. pol. phil. habil., ist außerplanmäßiger Professor in der Fakultät Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Erwachsenenbildung in Theorie und Praxis.

Harald Kolbe ist Geschäftsführer des Bildungszentrums HVHS Hustedt.

Jan König ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Gemeinwesenberater für das Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg in Ludwigslust, das Beratungen und Fortbildungen zur Demokratieentwicklung und zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus anbietet.

Mirko Kurmann ist Historiker und arbeitet als Gemeinwesenberater für das Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg in Ludwigslust.

Horst Lahmann, M.A., ist Politikwissenschaftler und Leiter des Fachbereichs Prävention im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz, langjährige Tätigkeit in der niedersächsischen politischen Bildung und ehemaliger DGB Gewerkschaftssekretär.

Thomas Leif ist Journalist, Film- und Sachbuchautor und Politologe. Er war ehrenamtlicher Vorsitzender von Netzwerk Recherche und Mitglied im Beirat von Transparency International. Er ist Jurymitglied des Otto-Brenner-Preises (Wissenschaftsstiftung der IG Metall) und Mitherausgeber des Forschungsjournal *Soziale Bewegungen*.

Roger Müller ist Mitarbeiter im Betrieblichen Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern, dessen Ziel es ist, in Betrieben rechtsextreme Einstellungen und Einflüsse zu vermeiden oder zurückzudrängen.

Birgit Neumann ist Mitarbeiterin im Betrieblichen Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern.

Katharina Nocun ist Bürgerrechtlerin und Netzaktivistin. Sie ist Beirätin im Whistleblower-Netzwerk e.V. und klagt gegen mehrere Überwachungsgesetze vor dem Bundesverfassungsgericht. In ihrem Blog *kattascha.de* setzt sich die gebürtige Polin seit 2016 kritisch mit dem Programm der AfD auseinander.

Giovanni Pollice ist Vorsitzender des Vereins »Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.«.

Rainer Roeser ist freiberuflicher Journalist und schreibt für das Internetportal »Blick nach rechts« (www.bnr.de).

Ulf Teichmann ist Historiker und Bildungsreferent beim DGB-Bildungswerk BUND mit den Arbeitsschwerpunkten Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus und arbeitet dort im Projekt zur Aufklärung und Unterstützung von aktiven Gewerkschafter_innen (PAU).

Kludia Tietze ist Geschäftsführerin des Vereins »Mach' meinen Kumpel nicht an!« in Düsseldorf.

Josephin Tischner ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als Bildungsreferentin im Projekt zur Aufklärung und Unterstützung von aktiven Gewerkschafter_innen (PAU) beim DGB Bildungswerk BUND.

Kai Venohr ist Sozialwissenschaftler und Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk BUND, Leiter des Projektes zur Aufklärung und Unterstützung von aktiven Gewerkschafter_innen (PAU) und stellvertretender Vorsitzender des Vereins »Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.«.

Heinz-Hermann Witte ist Staatssekretär a.D. und Vorsitzender des Bildungszentrums HVHS Hustedt e.V.

Kati Zenk, Dr., ist politische Sekretärin für Bildung bei der IG Metall Wolfsburg. Sie arbeitete beim Landespräventionsrat Niedersachsen im Themenfeld des Rechtsextremismus und hat den Vorsitz im Begleitausschuss des Bundesprogramms »Demokratie leben ...« in Wolfsburg.